

sätzlich bejahten, wohl aber ohne Gegenwehr hingenommenen und damit anerkannten politischen Situation.

- 6) Vertreter der Blockparteien in den Volksvertretungen auf Gemeinde-, Kreis- und Bezirksebene haben sich innerhalb der gesetzten Grenzen in achtunggebender Weise für die Interessen der Menschen eingesetzt und in den unabänderlichen, von der SED-Herrschaft geschaffenen Rahmenbedingungen den vorhandenen Spielraum genutzt, um Härten zu mildern, schroffe Gegensätze auszugleichen und die Lebensbedingungen insgesamt erträglicher zu machen. Während auf zentraler Ebene die Volkskammerfraktionen der Blockparteien an den großen Entscheidungen nichts ändern konnten, war es den Vertretern in den genannten Gremien möglich, an der Regelung der kleinen Verhältnisse mitzuwirken, in denen sich das tägliche Leben eigentlich vollzieht.
- 7) Zwischen den Führungskräften der Blockparteien und den Parteimitgliedern in den Ortsgruppen bestanden wesentliche, spürbare Unterschiede in bezug auf das Bekenntnis zu den politischen Verhältnissen in der DDR und zur führenden Stellung der SED. Während diese Gegebenheiten auf der höchsten Ebene voll anerkannt und bejaht und in oft peinlich wirkenden öffentlichen Erklärungen immer wieder beteuert wurden, herrschte im Parteivolk eine Stimmung, die von der Einsicht in die Unausweichlichkeit der gegebenen Verhältnisse getragen war. Die von der SED geschaffenen Machtverhältnisse gestatteten es nicht, daß die Parteibasis gegen die Parteispitze aufbegehrte und dadurch von unten her auf demokratischem Wege eine Veränderung bewirkt wurde.
- 8) Das Bedürfnis der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED, in der DDR nach außen hin ein Mehrparteiensystem vorzuführen, und die unbedingte Hörigkeit der Führungspersonen verschaffte den Blockparteien insgesamt ein z. B. widerwillig gewährtes, aber doch formal zugestandenes gewisses Ansehen innerhalb der staatlichen und gesellschaftlichen Struktur der DDR, so daß ihre Mitglieder in gewählten Entscheidungsgremien notwendig waren und im Berufsleben gewisse Aufstiegsmöglichkeiten bis zu einer mittleren Leitungsebene besaßen. Auf diese Weise konnten qualifizierte Kräfte im wirtschaftlichen, technischen, medizinischen und naturwissenschaftlichen Bereich unter Anerkennung ihrer Parteimitgliedschaft in begrenztem Maße berufliche Leitungspositionen erlangen, ihre Fähigkeiten nutzbar machen und mit ihrer fachlichen Kompetenz einen für die ganze Gesellschaft wertvollen Dienst leisten.
- 9) Zwischen den Blockparteien ließ sich niemals eine Solidarität der „bürgerlichen“ Kräfte gegenüber der SED erkennen, aus der heraus etwa ein gemeinsames Handeln für eine Beseitigung oder wenigstens Modifizierung des starren politischen und wirtschaftlichen Systems möglich gewesen wäre. Auch in der Schlußphase der DDR im Herbst 1989 kam es nicht

zu einem Zusammenwirken, aus dem sich in der offensichtlich gewordenen Schwäche der SED die Übernahme der politischen Verantwortung durch die Parteien ergeben hätte, die sich jetzt wieder ihrer ursprünglichen Selbständigkeit hätten bewußt werden können. Die Verstrickung der Parteiführungen in das Herrschaftssystem der SED und das Maß ihrer Korruptiertheit haben eine derartige Möglichkeit ausgeschlossen. Von geringen Ausnahmen abgesehen gingen von den Blockparteien der DDR keine Initiativen zu Kontakten mit westdeutschen politischen Kräften aus, während sie umgekehrt auch nicht von diesen Kräften angesprochen wurden. Der deutsch-deutsche Dialog war das Monopol der SED, daneben wurde er nur auf kirchlicher Ebene geführt.

- 10) In der Mitgliedschaft der Blockparteien regten sich im Herbst 1989 Kräfte, die auf die Rückbesinnung auf demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze aus der Gründerzeit gerichtet waren und sich wirksam in die Vorgänge einschalteten, die zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft führten. In der Asche der DDR-Verhältnisse war eine Glut liegengeblieben, die zum geeigneten Zeitpunkt wieder aufflackern konnte. Gegenüber der spontanen Bewegung aus dem Volk haben diese Kräfte aber keine entscheidende Rolle gespielt.

Es bleibt eine offene Frage, ob das Fortbestehen der bürgerlichen Parteien nach ihrer Gleichschaltung trotz aller Anpassung an das SED-Regime als richtig einzuschätzen ist oder ob diese Parteien richtig gehandelt hätten, wenn sie es auf eine totale Konfrontation mit dem Risiko des Verbots hätten ankommen lassen sollen.

3. *Zusammenfassung der Ergebnisse einer Befragung von Vertretern unterschiedlicher Leitungsebenen und Mitarbeitern des Zentralverbandes der LDPD*

Im Vorfeld der Anhörung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages zur Thematik „Rolle der Blockparteien und Massenorganisationen“ am 11.12.1992 führte der Bundestagsabgeordnete Dr. Jürgen Schmieder Gespräche mit dem oben genannten Personenkreis, die er zusammengefaßt für geeignet erachtet, dem Protokoll der Anhörung als Anlage anzufügen. Die vorliegende Niederschrift orientiert sich an einem Aufsatz eines ehemals beim Zentralverband beschäftigten Mitarbeiters.